

5 Kriegskredite und Wirtschaftspolitik

Zum Ende der Ampelkoalition im November 24

Inhalt

	Vorwort.....	1
	Kriegs- und Rüstungskredite	2
10	Gesundbeter	2
	Rüstung führt im Prinzip zur Verarmung	2
	Normale Investitionen schaffen zusätzliche Werte und Wohlstand	3
15	„Investitionen in Sicherheit“ ist ein irreführender Propagandabegriff.....	3
	Erfolgreiche Friedenspolitik schafft Friedensdividende	3
	Rüstung und Krieg als Investition	4
	Ukraine als neue Kolonie	4
	Wirtschaftspolitik als Zankapfel der Ampelkoalition	5
20	Vorhandene Infrastruktur mit Krediten sanieren?	5
	Schuldentragfähigkeit	5
	Staatsbankrott	5
	Illusion Staat als Motor eines ökologischen Wirtschaftswachstums	6
25	Bremen schlagendes Gegenbeispiel für Wirtschaftswachstum durch staatliche kreditfinanzierte Investitionsprogramme.....	6
	Die Konzentration der Diskussion auf die Staatstätigkeit bei der Wirtschaftsentwicklung lenkt vom Kern des Problems ab.....	6
	Unternehmereinkommen wachsen stetig,	7
30	autonome Investitionen sinken derweil	7
	Bürokratieabbau?	8
	Landwirtschaftliche Unternehmen / Bauern ohne Bürokratie?.....	9

35 Vorwort

Die Bundesregierung ist an der Finanzierung der Kriegskredite für die Ukraine und der Aufrüstung der Bundeswehr, sowie an der Wirtschaftspolitik gescheitert. Die FDP wollte die Kosten der Rüstung direkt durch die **unteren Einkommensbezieher*innen (künftig „uE“)** bezahlen lassen, die SPD zunächst durch Staatsanleihen. Bei der Wirtschaftspolitik ging es darum, die Reichen noch reicher zu machen und von Kontrollen zu befreien, inwieweit sie Regeln einhalten, bzw. die Regeln gleich ganz aufzuheben.

Alternative: Staatsanleihen oder Kürzung von Renten und Arbeitslosengeld

5 Kriegs- und Rüstungskredite

Der Unterschied in der Wirkung der Finanzierungsmethoden zwischen den Parteien ist nicht groß, sondern nur zeitversetzt. In beiden Fällen zahlen das die uE. Kreditaufnahme bei reichen Geldbesitzern, bei wem denn sonst¹, führt bei Zins- und Rückzahlung aus den laufenden öffentlichen Haushalten zu Abzügen bei den Steuerzahlern. Klar, kann man immer erneut die Auseinandersetzung führen, wie die Steuern auf Arm und Reich verteilt werden. Meist werden aber in der Summe der kontinuierlichen Kreditaufnahmen die Kredite nicht zurückgezahlt, sondern werden die nominellen Schulden revolvingend immer neu aufgenommen und über die Zeit durch Inflation entwertet. Inflation macht üblicherweise die uE und die kleinen Geldbesitzer ärmer. Jedenfalls gibt es so keine sozial angemessene Steuerung der Belastungen durch den Kapitaldienst (= Zinsen und Rückzahlungen).

Ausgaben für Rüstung und Krieg machen die Armen ärmer, entweder durch Steuern (FDP, CDU, AfD) oder durch Inflation (SPD)

Gesundbeter

Die Keynesianer unter den Wirtschaftswissenschaftlern bestreiten, dass man durch Kreditaufnahme für Investitionen arm werde. Sie sagen, durch Kreditaufnahme würde neu Geld geschöpft und das würde als neue Nachfrage die Märkte beleben. Das neue Geld werde die Produktion von Waren und Dienstleistungen in genau der Höhe neu hervorrufen, wie Geld neu in den Wirtschaftskreislauf gebracht würde. Diese Keynesianer vergessen dabei zu erwähnen, dass John Maynard Keynes², damals in der Wirtschaftskrise von einem unterausgelasteten Produktionsapparat ausgegangen ist (viele Arbeitslose standen vor den leeren Fabrikhallen und still stehenden Maschinen). Unsere Situation ist anscheinend umgekehrt. Uns wird für die Gegenwart ständig die Erfahrung vermittelt: Es fehlen Produktionskapazitäten. Es gäbe keine Fachkräfte. Und schon jetzt stiege deswegen die Kerninflation. D.h. in den Bereichen der industriellen Produktion und bei den Dienstleistungen, in denen Fachkräfte arbeiten. Der Unterschied ist entscheidend: Bei ausgelasteten Kapazitäten führt zusätzliche – z.B. durch Kreditaufnahme hervorgerufene – Nachfrage nur zu Preissteigerungen^{3 4}.

Rüstung führt im Prinzip zur Verarmung

Vom Güterkreislauf und nicht vom Geldkreislauf aus betrachtet, führt Rüstung immer zur Verarmung, selbst wenn für die Rüstung Ressourcen neu mobilisiert werden können. Die für die Rüstung zusätzlich Beschäftigten verbrauchen zusätzliche Leistungen für Lebensmittel, Wohnen, Freizeit usw. Es werden dafür Ressourcen mobilisiert, die bis dahin nicht konkurrenzfähig waren. D.h. teurere Waren und Dienstleistungen werden hergestellt und gekauft – das Preisniveau hebt sich entsprechend an, denn auch die eigentlich billiger hergestellten Waren und Dienstleistungen werden jetzt zum höheren Preis verkauft. Dieser Mechanismus der Märkte führt zu Inflation. In der Weltwirtschaftskrise dagegen zum Stopp der Deflation. Wie man es dreht und wendet: Rüstung verarmt diejenigen,

¹ Es hat auch Kriegsanleihen gegeben, die an jedermann verkauft wurden oder auch in nationalen Friedenszeiten in Deutschland sogenannte „Bundesschätzchen“. Die konnten zwar auch kleine Sparer kaufen, aber nicht die Hälfte der Bevölkerung, die sowieso nichts sparen kann, sondern allenfalls mit Ausbildungs- und Dispo/Verbraucherkrediten an der Überschuldung entlang hängt. Es hat in Deutschland auch schon Mal die demonstrative Besteuerung von Reichen für Rüstungsausgaben gegeben: Die Sektsteuer, mit der wenigstens symbolisch die Aufrüstung der Kaiserlichen Marine mit Schlachtschiffen gegen England z.T. finanziert werden sollte.

² John Maynard Keynes war ein britischer Ökonom in den Jahren der Weltwirtschaftskrise ab 1929. Er legte dar, wie falsch es ist, dass die Regierungen in die Krise hinein sparten und die öffentlichen Haushalte den gesunkenen Einnahmen anzupassen versuchten.

³ Meldung am 16.11.2024 durch Verkehrsgewerbeverband: Der Mangel an LKW Fahrern könne im Weihnachtsgeschäft zu Lieferverzögerungen führen.

⁴ Nun könnte man sagen, dann importieren wir halt mehr, also beleben wir die internationalen wirtschaftlichen Aktivitäten. Noch haben wir ja außenwirtschaftliche Überschüsse. Bei der Überlegung wird es etwas kniffliger. Die Auswirkungen sind nämlich unterschiedlich im Euroraum und im Außenhandel mit nicht-Euröländern. Der Euroraum ist praktisch ein Binnenmarkt. Wenn in ihm Unterbeschäftigung von Fachkräften und Kapazitäten zu finden ist, können diese durch Defizit Spending in Beschäftigung gebracht werden. Dann stände der Geldschöpfung entsprechend große zusätzliche Wertschöpfung gegenüber. Anders dagegen die Wirkung von Staatsanleihen, wenn sie wegen ausgeschöpfter Kapazitäten in der Binnenwirtschaft zu mehr Einfuhren aus dem nicht-Euroraum führen. Die Außenhandelsbilanz würde sich entsprechend verschlechtern. Typischerweise – immer bei sonst gleichbleibenden Bedingungen – würde der Außenwert des Euro sinken und alle eingeführten Waren und Dienstleistungen dadurch entsprechend teurer. Dies würde die Inflation im Euroraum anheizen. Die zusätzliche Wertschöpfung fände im Ausland statt. Die durch Abwertung des Euro preislich begünstigten Ausfuhren könnten nicht stattfinden, weil die Kapazitäten (nach Modellannahme) ja ausgelastet sind.

5 die sie bezahlen müssen, gerade wenn Beschäftigte des Militärs und in der Rüstungsgewerbe fürstlich bezahlt werden.

Normale Investitionen schaffen zusätzliche Werte und Wohlstand

Dagegen stimmt es: Auch ohne das staatliche „Defizit Spending“ zur Ankurbelung der Wirtschaft in einer Wirtschaftskrise, gilt selbstverständlich, dass Investitionen⁵ in neue oder produktivere Produktionsanlagen und Infrastruktur usw. mit Krediten finanziert werden können. Wenn die Investitionen Erfolg haben, dann wird mit den neuen und / oder produktiveren Anlagen mindestens so viel neu, mehr oder billiger produziert, dass die Zinsen auf die Kredite aus dem Mehrprodukt bezahlt und die Kreditsumme zurückgezahlt werden kann. Das sind die normalen Investitionskredite.

Durch Kredite finanzierte Investitionen in zusätzliche oder produktivere Anlagen finanzieren sich durch zusätzliche oder billigere Produkte selbst.

„Investitionen in Sicherheit“ ist ein irreführender Propagandabegriff

Wenn diese Begriffe der Wirtschaftswissenschaft – insbesondere der Investitionen – in der politischen Diskussion um Rüstung und Kriegsfinanzierung verwendet werden, so geschieht das missbräuchlich und irreführend. Rüstung und Krieg sind Konsumorgien keine Investitionen! Der Ausdruck „Investitionen in Sicherheit“ für Rüstungsausgaben ist ein bewusst irreführender Propagandabegriff. Jeder weiß von seiner Wohnung und seinen Fahrzeugen, dass Sicherheitstechnik Geld und seine Bedienung Zeit und Umstände kostet. Niemand, der sein Fahrrad ankettet und sich einen Sturzhelm aufsetzt, würde behaupten, dass er dadurch schneller ans Ziel käme. Die meisten haben schon mal erfahren, dass sich hinter Militärkolonnen auf der Autobahn Staus bilden, also das Vorankommen behindern. Das ist das Gegenteil von Produktivität im Verkehr. Nein, Diebstahlsicherungen und Helme sind durch die Widrigkeiten des Verkehrs und der Gesellschaft zu empfehlende Maßnahmen. Es sind Zusatzkosten für den Verkehr, keine Investitionen. So sind auch Rüstungsausgaben Zusatzkosten, keine Investitionen. Die dafür aufgenommenen Kredite sind auch kein Vermögen sondern Schulden. Gerade Waffen verschleißen im Einsatz besonders schnell. Viel schneller als Kredite getilgt werden können. Es ist deswegen besonders abwegig, das „Sondervermögen Bundeswehr“ zu nennen. Es ist ein besonderer Schuldenberg. Trotzdem wird er von vielen Medien übernommen. Interessensgruppen, die auch ein Anliegen finanziert haben wollen, übernehmen den Begriff und fordern damit, dass ihr Anliegen über Kredite finanziert werden soll.

Rüstungsausgaben sind keine Investitionen sondern Staatskonsum. Bezeichnung als „Investitionen in Sicherheit“ ist Irreführung

„Sondervermögen Bundeswehr“ ist ein besonders zynischer Begriff für Schuldenaufnahme und damit Verarmung

Erfolgreiche Friedenspolitik schafft Friedensdividende

Die Unwägbarkeiten der Außenpolitik können es notwendig machen, sich zu rüsten, und die Kosten dafür auf sich zu nehmen. Aber Investitionen im wirtschaftlichen Sinn sind das nicht. Im Gegenteil: Richtig ist vielmehr, dass erfolgreiche Friedenspolitik zu einer „**Friedensdividende**“ führt. Die ökonomischen Aktivitäten, mit der bis dahin Rüstungsgüter produziert und Militärpersonal beschäftigt wurden, können nun für materiellen, geistigen oder Zeitwohlstand eingesetzt werden. Und Deutschland hat diese Friedensdividende nach 1989 auch genutzt, selbst wenn sie viele wegen der wirtschaftlichen Umbrüche nicht erreicht hat.

Gerade erfolgreiche Friedenspolitik führt zu Wohlstand, der Friedensdividende. Ehemalige Soldaten und Rüstungsbetriebe können Wohlstand produzieren.

5 Investitionen sind Aufwendungen an Geld, Zeit, Kraft, Anstrengungen, die darauf hinwirken in Zukunft angestrebte Ergebnisse überhaupt oder mit geringerem Aufwand herstellen oder sich aneignen zu können. Weniger allumfassend sondern konkreter sind es Anlagenbauten (Maschinen und Gebäude) mit denen Produkte schneller und billiger herstellen kann. Produktivität ist das zentrale Ziel von Investitionen bei bestehenden Produktionen. Es gibt natürlich auch Erstinvestitionen, mit denen eine Produktion überhaupt erst aufgenommen werden soll. Für Rohstoffe müssen häufig erst neu Bergwerke im Tagebau oder noch aufwändiger im Tiefbau aufgebaut werden. Bei neu erfundenen Produkten die entsprechenden Fabriken dafür gebaut werden. In den entwickelten Ländern ist der überwältigend größte Teil der Investitionen solche für Rationalisierungen, mit denen Arbeit, Energie, Material, Fläche, Verkehr oder andere Kosten der Produktion und des Vertriebs eingespart werden können. Bei Vollbeschäftigung einer Wirtschaft sind solche Investitionen die einzige Quelle der Wohlstandssteigerung. Die allgemeine Infrastruktur und der Bildungsstand der Bevölkerung sind wichtige Elemente des Produktionsapparates. Sie werden in großem Maße bei uns von der öffentlichen Hand bereitgestellt. Aber bei weitem nicht nur. Die Infrastruktur für die Individualkommunikation, also Leitungen Sendemasten und Satelliten für Telefon und Internet, werden von privaten Firmen gebaut (bzw. sind von den früheren öffentlichen Infrastruktur wie in Deutschland der Post übernommen worden) und betrieben. Der Anteil der Investitionen der öffentlichen Hand an allen Investitionen in einer Volkswirtschaft sind eher gering – meist wohl bei zehn Prozent.

5 Rüstung und Krieg als Investition

Krieg als Investition kann für einige Mächte funktionieren: Durch erfolgreiche Eroberungskriege und Unterjochung und Ausbeutung der Besiegten. Die Kolonialkriege der Europäischen Mächte seit dem 16. Jahrhundert und vorher z.B. die Raubzüge der Wikinger machten die führenden Schichten in den Kolonialländern reich. Sichtbare Hinterlassenschaften sind die schlossartigen Gebäude und heutigen Touristenziele nicht nur in den Hauptstädten der Kolonialmächte insbesondere in Spanien, Portugal, Niederlande, Belgien, Groß Britannien, Frankreich, Russland, später auch USA und Japan⁶. Für die Späteinsteiger in den Imperialismus, wie Deutschland und Italien, wurden die „Investitionen“ relativ zum Ertrag viel zu teuer. Es profitierten viel zu wenige, als dass man das für einen Erfolg für die Nation halten konnte. Trotzdem wurden die normalen Einkaufsläden in den Städten „Kolonialwarenläden“ genannt. Ob diese „Investitionen“ im Verhältnis zum Ertrag nicht viel zu hoch seien, darüber wurde dann ja auch im deutschen Kaiserreich heftig gestritten. Bremen hatte sich ziemlich im Kolonialismus engagiert.

Erfolgreiche Raubkriege können die Räuber reicher machen

Als Gesamtbilanz einschließlich der kolonisierten Bevölkerung waren die Kolonialkriege wirtschaftlich katastrophal. Der behauptete Segen der höheren Kultur und Technik in den Kolonien hat nie stattgefunden. Im Gegenteil.

Ukraine als neue Kolonie

Die wirtschaftliche Unterwerfung durch militärische Überwältigung findet heute nur noch selten statt, auch wenn Russland das in seinen Nachbarländern noch Mal probiert. Da heute kein Land mehr autark und autonom ist, reicht es meist, ein Land vom Weltmarkt und Weltfinanzsystem⁷ abzuschneiden, um alle wirtschaftlichen Zugeständnisse zu erzwingen.

Überschuldung führt zum Ausverkauf. Staaten, die sich überschulden, müssen alle natürlichen und produktiven Werte an die Gläubiger, meist Banken im Ausland, übergeben. Sie stimmen damit zu, dass sie auf unabsehbare Zeit bis auf das Existenzminimum ausgebeutet werden.

Nun hat Ukraines Präsident Selenskyj mit seinem „Siegesplan“⁸ die Gier der Westmächte, sich alle Wert schaffenden Ressourcen des Landes einzuverleiben, wieder angesprochen. Er bot nicht nur sein Volk und sein Land, sondern auch die Bodenschätze den Kreditgebern zur Ausbeutung an.

Ukraine bietet Ausbeutung des Landes auf ewig gegen Waffenlieferung und Kriegskredite

⁶ Die USA gehörten Kolonialmacht schließlich auch zu den Kolonialmächten. Aber deren Reichtum beruhen mehr auf Binnenkolonisation. Ihre ungleichen Tauschbeziehungen mit dem Ausland folgen überwiegend anderen Mechanismen als der klassischen Kolonialpolitik.

⁷ Hauptsächlich dadurch, dass sich China von den USA und dem von ihm dominierten Weltfinanzsystem hat unabhängig entwickeln können, entsteht anscheinend gegenwärtig ein zweiter Weltmarkt und damit eine Alternative für viele Länder, die sich dem Druck nicht beugen wollen.

⁸ Meldungen in allen Medien am 16. und 17.10.2024

5 Wirtschaftspolitik als Zankapfel der Ampelkoalition

Vorhandene Infrastruktur mit Krediten sanieren?

Jede*r erkennt an der maroden **Verkehrsinfrastruktur** in Deutschland, wohin mangelnde Wartung führt. Erhaltungsaufwendungen gehören zu den Konsumausgaben. Man vernutzt mit dem Gebrauch und Verschleiß eines Investitionsgutes die Investition. Es verliert seinen Wert häufig auch, ohne dass es gebraucht oder angewendet wird⁹. Die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit eines Investitionsgutes – ohne dass ihr Wert dadurch steigt – darf daher nicht über Kredite finanziert werden, ohne nicht in die Überschuldung zu rutschen. **Wenn etwas ins GG in den Abschnitt Finanzen gehört, dann, dass für jede staatliche Investition ein zusätzlicher fester Posten für Instandhaltung in den nächsten Jahren in die Haushalte eingestellt werden muss.** Wegen des kontinuierlichen Wertverfalls dürfen Unternehmen und Hausbesitzer ja auch den rechnerischen Wertverlust des Investitionsgutes / des Hauses abschreiben, d.h. als Kosten vom Ertrag abziehen. Sie sollten die dadurch eingesparten Abgaben an die Steuer tunlichst zurücklegen und nötigenfalls tatsächlich für Reparaturen und Werterhalt ausgeben.

Instandhaltung und Reparatur gehören zu den laufenden Kosten eines Investitionsgutes. Sie müssen aus den laufenden Einnahmen und dürfen nicht mit Krediten bezahlt werden

Schulden tragfähigkeit

Die öffentliche Infrastruktur ist zu großen Teilen schon mit Krediten finanziert worden. Die Kredite wurden inzwischen **nicht** abgebaut. Das kann man an der Staatsverschuldungsquote erkennen – gerade und besonders in Bremen. Jetzt wollen viele erneut Kredite aufnehmen lassen. Aber nur, um die marode Infrastruktur wieder so funktionsfähig zu machen, wie sie vielleicht am Anfang war. Damit würde man aber nur die Kredite auf dasselbe Investitionsgut verdoppeln. Wenn man in volkswirtschaftlichen Größen rechnet und nicht im Wert des zu beleihenden Investitionsgutes, dann geht es um die Belastungsfähigkeit der Volkswirtschaft d.h. um die Leistungsfähigkeit von arbeitenden Menschen, Produktionsapparat und Natur. Dafür ist das jährliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Maßstab, also die Summe aller gegen Geld ausgetauschter Güter und Leistungen¹⁰. Und das Maß für die Tragfähigkeit oder Zumutbarkeit oder Vorbelastung ist die Schuldenhöhe in Prozent vom BIP. Für die Tragfähigkeit gibt es keine naturgesetzliche Formel. Es sind Erfahrungswerte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Da hat sich die Europäische Union auf 60% des BIP als Obergrenze geeinigt. Diese Grenze haben viele andere Länder schon weit überschritten. In Deutschland wird das jetzt als Argument vorgetragen, dass wir diese Obergrenze auch gefahrlos überschreiten könnten.

Für die Schulden tragfähigkeit gibt es kein ehernes Gesetz. Je höher die Schuldenquote umso geringer die Fähigkeit reale Leistungen für die Gemeinschaft zu finanzieren

Staatsbankrott

Aber es gibt doch eine natürliche Obergrenze: Wenn ein Staat den Kapitaldienst, also Zinsen auf und Rückzahlungen von Krediten, zu denen er sich verpflichtet hat, nicht mehr leisten kann. Solche Staatspleiten hat es schon viele gegeben. Sie gehen immer einher mit totaler Verarmung der Masse der Bevölkerung. In neuerer Zeit organisiert diese Verarmung meist der Internationale Währungsfond (IWF) mittels entsprechender Auflagen, damit der Bankrotteur seinen Zugang zu Märkten und Währungen außerhalb aufrecht erhalten kann. In Argentinien unternimmt der gewählte Präsident Milei das selbst. Dabei werden die Masseneinkommen gesenkt, und die Dienstleistungen, die zum Menschsein dazu gehören, wie z.B. Wohnen, Kinderbetreuung, Bildung, Ausbildung, medizinische Hilfe bei Krankheiten, Pflegedienst praktisch aus dem für alle zugänglichen öffentlichen

Staatsbankrott führt zu schlimmsten Belastungen der uE, wenn sie nicht die Kraft haben, Staatsanleihen entschädigungslos zu enteignen.

⁹ Das gilt insbesondere für Investitionen in Wissen, Fähig- und Fertigkeiten, seien es Archive oder Computerprogramme etc. Wenn sie nicht kontinuierlich gepflegt und weiter entwickelt werden, sind sie bald wertlos.

¹⁰ In den unterschiedlichen Volkswirtschaften wird ein unterschiedlicher Anteil der Güter und Leistungen erbracht, ohne dass sie auf Märkten gegen Bezahlung ausgetauscht werden. Typisch ist in den letzten Jahrzehnten die Übernahme der Kinderpflege und -erziehung durch bezahlte Fachkräfte. Die Leistung wurde früher auch erbracht aber ging nicht ins BIP ein, weil sie nicht bezahlt wurde. Ähnliches gilt entsprechend für hauswirtschaftliche Tätigkeiten wie Kochen, oder für Nachbarschaftshilfe beim Bauen usw.

5 Bereichen ausgegrenzt und nur noch reichen Direktzahlern zugänglich gemacht. Die meisten erinnern sich noch an die Auflagen für Griechenland und die Verarmung der meisten Griechen im Zuge der weltweiten Finanzkrise im Jahr 2007ff¹¹.

Illusion: Staat als Motor eines ökologischen Wirtschaftswachstums

10 Mit der Forderung, mit staatlichen kreditfinanzierten Ausgaben- und Investitionsprogrammen könne man generell ein ökologisches Wachstum erzeugen, wird aber unterschwellig behauptet, mit mehr Schuldenaufnahme und mehr staatlichen Investitionen könnte man die Wirtschaft wieder flott machen und umweltschonendes Wachstum hervorrufen, ohne das Wirtschaftssystem und die Einkommensverteilung zu Gunsten der Reichen zu ändern. In Wirtschaftskrisen mit unterausgelasteten Kapazitäten ist das teilweise möglich – siehe Diskussion zum Keynesianismus. Das gelingt auch wegen des relativ kleinen Anteils des Staates am Wirtschaftsgeschehen (nicht an der Umverteilung über Steuer und Abgaben) nur selten und nur teilweise. Die Versuche enden meist schnell, wenn Vollbeschäftigung der Fachkräfte erreicht ist, und dadurch Kosten entstehen, die die Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu teuer werden lassen. Der Staat schafft es sehr selten, in Konkurrenz mit bestehenden Unternehmen wirtschaftlich tätig zu werden. Wenn etwas lukrativ ist, werden die Bereiche meist privatisiert. Der Staat wird meist auf die nicht lukrativen Nischen zurückgedrängt. Trotzdem wird immer mal wieder bewiesen, dass es geht, z.B. der öffentliche Wohnungsbau in Wien seit 100 Jahren. Er hat dazu geführt, dass Wien die Millionenstadt ist, in dem die Menschen am zufriedensten mit ihren Wohnverhältnissen sind.

Bremen schlagendes Gegenbeispiel für Wirtschaftswachstum durch staatliche kreditfinanzierte Investitionsprogramme

30 Bremen hat es jedenfalls nicht hingekriegt. Land und Stadt Bremen haben das über Jahrzehnte praktiziert: Staatliche Investitionsprogramme aufgelegt mit den typischen Propagandanamen wie „Sonderinvestitionsprogramm“, „Zukunftsinvestitionsprogramm“ usw. usf. Das wurde mit Geldern vom Bund und den Ländern und zusätzlichen Schuldenaufnahmen finanziert. Es hat alles nicht funktioniert. Es sind, wenn überhaupt etwas, Investitionsruinen und Groschengräber übrig geblieben. Bremen ist das höchst verschuldete Land in Deutschland und gleichzeitig mit das ärmste im Westen. Die Infrastruktur ist heruntergekommen und zerbröseln weiter. Die öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere für die das Land praktisch alle Kompetenzen hat, wie Bildung und Sicherheit, sind mit die schlechtesten in Deutschland und international mit vergleichbaren Ländern. Die Wirtschaftsentwicklung ist weiterhin mau bzw. krisenhaft mit mit der höchsten Arbeitslosenquote und höchsten Zahl an Armen in Stadt und Land. Bremen steht jetzt unter der (bisher mild ausgeübten) Aufsicht des „Stabilitätsrates“ und hat damit seine Souveränität weitgehend verloren. Nur die Parteienkonstellationen im Stabilitätsrat haben bisher verhindert, dass noch mehr vom Stabilitätsrat hereinregiert wird und Vorgaben gemacht werden.

Bremen hat mit Schuldenaufnahme staatlich massiv investiert. Folge höchste Armut und schlechteste öffentliche Dienstleistungen und Verlust der Souveränität in seinen Aufgabenfeldern

Die Konzentration der Diskussion auf die Staatstätigkeit bei der Wirtschaftsentwicklung lenkt vom Kern des Problems ab.

50 Die entscheidenden Investitionen werden von der Wirtschaft getätigt oder eben auch nicht. In Deutschland seit Jahrzehnten eben nicht. Deutschland ist in allen Wirtschaftsbereichen zurückgefallen und hat insbesondere in den Feldern, in denen sich ganz neue Produkte oder Dienstleistungen entwickelt haben, nicht oder nur rudimentär mitgemacht. Deutschland bettelt inzwischen darum, dass von den neuen Wirtschaftsbereichen sich welche in Deutschland ansiedeln. Wenn das geschieht, dann aber nur so, dass praktisch aller Mehrwert aus dem

¹¹ Die Inflation nach dem WK I, die sich zur Hyperinflation 1923 ausweitete, führte tatsächlich zur weitgehenden Enteignung von Gelkapitalbesitzern (Sparer und Anleger), nicht aber von Grundstücks- und Firmenbesitzern.

5 Lande abfließt – Deutsche werden so die Heloten wie die Bangladeschis bei der Textilproduktion.

Dabei muss vorbemerkt werden: Die politische Diskussion mit Schwergewicht auf das staatliche Investitionsverhalten (Infrastruktur) gibt ein völlig verzerrtes Bild über die realen Handlungsmöglichkeiten und Verantwortlichkeiten. Im Kapitalismus sind die Unternehmen die Handelnden und die Richtung der Entwicklung Bestimmenden. Bei den Investitionen ist der Staat nur ein untergeordneter Mitspieler. Ca. 85% der Investitionen werden von Unternehmen getätigt, nur ca. 15% vom Staat und Privatleuten (z.B. Eigenheimbau). Also es geht hier vor allem um das Verhalten der Unternehmen. Die Konzentration auf die Staatstätigkeit bei den öffentlichen Diskussionen über die Wirtschaftsentwicklung ist ein Ablenkungsmanöver. Die Regierung wird als Prügelknabe missbraucht. Dabei stilisieren sich die Täter, die Unternehmen, als Opfer und rufen: Haltet den Dieb! Die Politiker dienen als Blitzableiter fürs Volk, das sich über die Politiker in die Haare kriegt, aber die Unternehmen als Täter aus dem Auge verloren hat. Im Gegenteil, die Politiker heizen diese Schaukämpfe noch an.

Staat ist bei Wirtschaftsentwicklung nachgeordneter Mitspieler: Nur ca. 15% der Investitionen im Lande tätigt der Staat (Bund, Länder, Gemeinden etc.) ca. 85% die Unternehmen

Unternehmereinkommen wachsen stetig,

Wie in jeder Krise wird von den entsprechenden Interessenvertreter*innen und von den Parteien fast unisono gefordert, die Unternehmer könnten nichts unternehmen, weil sie nicht genug verdienten. Ihre Einkommen müssten steigen. Es müsste attraktiv werden, in Deutschland zu investieren. Die Zahlen unterstützen diese Behauptung nicht: Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wachsen auf einem viel höheren Niveau seit Jahrzehnten ziemlich parallel zu dem Einkommen aus Arbeit. Die Verteilung bleibt prozentual mit kleinen Schwankungen gleich. Früher wurde bei gleicher Verteilung aber viel mehr investiert. Laut der Bundesstatistik¹² wuchsen die Einkommen vom **Basisjahr 1991 entsprechend dem Index 100 bis zum Jahr 2022 für Einkommen aus Arbeit auf den Indexwert 236,** im selben Zeitraum das **Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, das von Anbeginn viel höher war, auf 231** also über 30 Jahre praktisch parallel. Weder spricht daraus eine relative noch gar eine absolute Verarmung der Unternehmen, die es ihnen unmöglich mache, zu investieren.

Die Unternehmen verdienen genug, um zu investieren. Sie sind unbegründet in einem Investitionsstreik

autonome Investitionen sinken derweil

Der Rechtfertigungsanspruch der Unternehmen für ihre hohen Einkommen ist: „**Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.**“ Dieser Rechtfertigung werden sie überhaupt nicht gerecht. Den Unternehmen stehen nämlich außer den Gewinnen auch noch die Abschreibungen zum Investieren zur Verfügung. Auch die Wirtschaftsstatistik zeigt, dass sie nicht nach ihren Möglichkeiten investieren. Außerdem könnten sie durch Kreditaufnahme Geld schöpfen lassen, um zu investieren. Sie tun das Gegenteil. Sie legen immer mehr Geld auf die hohe Kante. Das hört sich niedlich an. Die „hohe Kante“ ist bei ihnen aber der internationale Kapitalmarkt oder gar solch ein von allem realen Bezug zur Erde abgehobenes Wolkengebilde wie der Bitcoin. Diese Kapitalzusammenballungen ohne Bezug zum realen Wirtschaftsgeschehen können tendenziell aber einen Tsunami auslösen. Zunächst entziehen sie das Geld dem produktiven Kreislauf und damit seinen Antrieb. Dafür fachen sie einen Geldsturm an. Sie verspekulieren das nicht investierte Geld auf den Weltfinanzmärkten.

Die Unternehmen werden ihrer gesellschaftlichen Rolle nicht gerecht: Sie investieren nicht, sondern verspekulieren die Investitionsmittel

Nur ein Zahlenpaar über das Investitionsverhalten der Akteure in Deutschland.¹³ Es geht um die Finanzierung der Investitionen. Dafür stehen zunächst die Ab-

12 Destatis Inlandsproduktberechnung - Lange Reihen ab 1970 - Fachserie 18 Reihe 1.5 Datei 1.3 Messzahl - 2022 heruntergeladen am 19.11.2024
13 Destatis Inlandsproduktberechnung - Lange Reihen ab 1970 - Fachserie 18 Reihe 1.5 : Verfügbares Einkommen, Sparen und Finanzierungssaldo der Volkswirtschaft - 2022 heruntergeladen am 19.11.2024

5 schreibungen, dann die finanziellen Überschüsse / Gewinne der Unternehmen und schließlich die Ersparnisse der Konsumenten zur Verfügung. Zur Weiterentwicklung der Wirtschaft, zum Wachstum, müssen darüber hinaus Kredite aufgenommen werden, aus dem Ausland oder es muss Geld geschöpft / zusätzlich geschaffen / gedruckt werden.

10 Im Jahr 1991 wurden für die Investitionen 408 Mrd. € ausgegeben. Davon stammten 246 Mrd. € also 60% aus Abschreibungen, 140 Mrd. also 34% aus Gewinnen und „Sparen“, und 27 Mrd. €, also schon damals nur 6,6 % aus Krediten, wurden also neu geschöpft und entsprechend viele Investitionsgüter (Erfindungen etc. pp) in den Wirtschaftskreislauf neu eingebracht. (5 Mrd. € wurden im

15 Saldo ans Ausland übertragen).
Im Jahr 2021 also 30 Jahre später, wurden für die Investitionen 840 Mrd. € ausgegeben. Davon stammten 704 Mrd. € also 84% aus Abschreibungen. Es standen zwar 418 Mrd. aus Gewinnen und „Sparen“ zum Investieren zur Verfügung. Davon wurden aber nur 136 Mrd. € also nur 16 % gebraucht. Die übrigen 282

20 Mrd. € wurden dem realen Wirtschaftskreislauf entzogen und dem schieren Geldkreislauf zugeführt. Die übrigen 10 Mrd. € wurden ins Ausland transferiert.
Der selbst aufgestellten Rechtfertigungsbegründung, dass die Unternehmen ihre Gewinne zur Weiterentwicklung der Wirtschaft investieren würden, wurden sie nicht gerecht. **Und das schon seit 20 Jahren nicht:** Das sogenannte „Finanzierungssaldo“ der Investitionen aus Abschreibungen und Ersparnissen war seit dem Jahr 2002 kontinuierlich und steigend positiv. D.h. die Unternehmen gaben im Saldo (gilt natürlich nicht für jedes einzelne Unternehmen) **einen immer kleineren Teil ihrer Gewinne für Investitionen** und damit für die Weiterentwicklung der Wirtschaft und für neue Arbeitsplätze aus. Das Ergebnis ist u.a., dass die Produktivität der Erwerbstätigen nicht mehr steigt¹⁴! Und die Produktivität der Arbeit ist in einer Volkswirtschaft mit ausgelasteten Beschäftigung die entscheidende Quelle des Wohlstandes.

Die Unternehmen werden ihrer selbst gewählten gesellschaftlichen nützlichen Rolle nicht gerecht – und das schon seit Jahrzehnten nicht.

Bürokratieabbau?

35 Zusätzlich wird gefordert, die Bürokratie müsse abgebaut werden, damit die Unternehmen wieder was unternehmen könnten. Sie würden durch die Bürokraten gefesselt. Ohne das würden die verantwortlich handelnden Unternehmer viel mehr Wohlfahrt fürs Volk produzieren.

40 Es wäre ja schön, wenn sich die Unternehmen an die generelle Weisung des Grundgesetzes hielten: Ich will noch mal den berühmten Grundgesetzartikel 14 (2) zitieren: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

45 Wer hat denn die ganze Welt mit Schummeldieseln betrogen? Wer hat denn Cum-Cum und Cum-Ex massenweise getätigt und die Allgemeinheit betrogen? Wer hat am Euribor manipuliert? Wer hat betrügerische Anlagen den Kleinanlegern verkauft? Das waren doch alles die Creme de la Creme der deutschen Unternehmen. Was ist denn daraus geworden, dass der Staat in der Corona-Epidemie den Unternehmen unbürokratisch Geld zum Überleben ausgeschüttet hat? An 25 % der Unterstützten Unternehmen wurde nach vorläufigen Überblick zu viel ausgezahlt. Bei den Angaben verlässt sich der Staat weitgehend auf die

50 Angaben der Steuerberater, die von den Begünstigten bezahlt werden¹⁵. Was passiert denn, wenn die Bürokratie nicht aufpasst? In England werden Hochhäuser mit leicht entflammaren Dämmstoffen eingekleidet und bei Feuer kommen viele Menschen zu Tode. In der Türkei werden die Baubestimmungen mangels

Nicht kontrollierte Unternehmen schummeln, betrügen und gefährden die Menschen in einem Ausmaß, dass man sie nicht ohne Kontrollbürokratie machen lassen kann

14 In den 10 Jahren von 1970 bis 1979 stieg das BIP je Erwerbstätigen preisbereinigt um 20 %punkte, in den 10 Jahren von 2012 bis 2021 um 3,4 %punkte. Quelle: Destatis Inlandsproduktberechnung - Lange Reihen ab 1970 - Fachserie 18 Reihe 1.4 - 2022 heruntergeladen am 19.11.2024

15 Bericht der in der Tagesschau vom 30.9.2024, zum Endtermin der Meldepflicht der Begünstigten. In einer früheren Fassung hatte ich aus dem Gedächtnis von 40% geschrieben, die zu viel bekommen hätten und jetzt nach Jahren zurückzahlen müssten. Auch ein Viertel, die sich zu viel haben auszahlen lassen und nicht erschreckt von selber das Geld an die Allgemeinheit zurückgeben, reichen aus, um zu sagen, ohne bürokratische Kontrolle geht es nicht.

5 effektiver Bürokratie nicht eingehalten und beim Erdbeben fallen die Häuser wie Kartenhäuser zusammen und es gibt Tausende von Toten. Etc. pp.

Landwirtschaftliche Unternehmen / Bauern ohne Bürokratie?

Die Landwirtschaft ist ein gutes Beispiel, weil die bäuerlichen Tätigkeiten mit dem Gemeinwohl so unmittelbar zusammen hängen. Den nicht ökologisch wirtschaftenden Landwirten wird gesagt, sie seien Unternehmer, die nur Geld verdienen sollen. Und je mehr Bauern auf gepachteten Böden arbeiten, umso mehr werden sie vom Verpächter, die zunehmend große ausländische Finanzkonzerne sind, dazu gedrängt: Nur der finanzielle Ertrag ist der Maßstab und der Antrieb. Also düngen sie mit Gülle so viel, wie es irgendwie das Wachstum auf den Feldern fördert und sie sonst keine Entsorgungskosten für die Gülle haben. Sie achten von sich aus nicht darauf, ob dadurch Grundwasser – das wichtigste Lebenselixier für die Menschen – vergiftet wird, Bäche, Flüsse, Seen und / oder das Meer überdüngt werden und die ganze Ökologie dort zusammenbricht ... Die Geflügelzüchter wenden ungehemmt einen Cocktail aus allen Antibiotika an, damit sie die Tiere massenhaft so eng halten können¹⁶. Dabei wissen sie, dass damit gesichert ist, dass massenhaft multiresistente Keime entstehen und immer häufiger Menschen von solchen befallen werden, und die Medizin kein Mittel mehr dagegen hat ... Die Auflagen, die das verhindern sollen, umgehen sie häufig. Gleichzeitig fordern die Landwirte vehement Sonderbürokratie: Sie wollen den Dieselmotoren Kraftstoff nicht einfach an den normalen Tankstellensäulen kaufen, sondern wollen eine Sonderregelung für ihre Traktoren, damit sie billiger einkaufen können. Das geht natürlich nur mit entsprechender Bürokratie, bei der sie sich als Berechtigte für den Kauf des verbilligten Treibstoffes ausweisen können. So weit her mit der Abneigung gegen Bürokratie ist es dann bei ihnen wohl doch nicht.

30 Generell muss man sagen: Eine Wirtschaft, die entgegen des Grundgesetzauftrages von den Unternehmern nur nach finanziellen Gesichtspunkten gelenkt wird, braucht Bürokratie, die den Unternehmern von außen die vielfältigen Gesichtspunkte, die für eine Gemeinwohl orientierte Wirtschaft berücksichtigt werden müssen, beibringen und sie dazu zwingen, sie einzuhalten. Autos müssen bei uns auch alle zwei Jahre amtlich darauf geprüft werden, ob sie verkehrssicher sind, auch wenn die meisten Fahrzeugbesitzer von sich aus ein Interesse daran haben. Und je mehr Tricks und internationale Umgehungswege sich die Unternehmen ausdenken, umso mehr platzen bei entsprechenden Skandalen den Völkern die Wutkrägen, und es werden neue Vorschriften und Kontrollen eingeführt. Bis vielleicht eine Gemeinwohl orientierte Wirtschaft eingerichtet wird, bei der die Akteure und Entscheider von vorneherein auf die entsprechenden Gesichtspunkte achten, die den Beschäftigten und dem Volke dient.

Unkontrollierte Landwirte, die nur Geld verdienen wollen / müssen, sind eine Gefahr für die Menschheit

Wenn Unternehmen nur nach dem Gesichtspunkt Geldertrag gelenkt werden, müssen alle Gesichtspunkte des Gemeinwohls von außen mit kontrollierender Bürokratie an sie herangetragen werden.

¹⁶ Aktuelle Meldung dazu in Nachrichten des Deutschlandfunks am 21.11.2024